

Jörg Kuebart
Vorsitzender
Rößbühlstr. 76
77830 Bühlertal

Datum: 28.07.2025

ZEROMACHO Deutschland e.V. Jörg Kuebart, Rößbühlstr. 76, 77830 Bühlertal

Bundestagspräsidentin Frau Julia Klöckner

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Präsidentin Klöckner,

ZEROMACHO ist ein internationales Netzwerk von Männern, die sich gegen das System der Prostitution und für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern einsetzen. 2011 in Frankreich gegründet, ist es inzwischen in über 50 Ländern aktiv. In Deutschland vertreten wir diese Arbeit durch unseren Verein ZEROMACHO Deutschland e.V.

Heute wenden wir uns mit einem Anliegen an Sie, das uns schon länger bewegt. Vorbild ist Spanien: **Dort hat die Sozialistische Partei (PSOE) nach einem Korruptionsskandal die Konsequenzen gezogen und ihren Mitgliedern untersagt, die „Dienstleistungen“ der Sexindustrie in Anspruch zu nehmen. Wir halten einen ähnlichen Schritt auch für den Deutschen Bundestag für notwendig.**

Was vom Europarat, vom Europäischen Parlament, von der UN-Sonderbeauftragten zu Gewalt gegen Frauen und von vielen internationalen Organisationen klar als Menschenrechtsverletzung und Form von Gewalt gegen Frauen benannt wird, darf im Umfeld des Bundestages nicht als „Privatsache“ oder „Kavaliersdelikt“ gelten.

Ihr Einsatz für einen würdevollen und an Werten orientierten Auftritt des Bundestages bestärkt uns, diese Bitte an Sie heranzutragen.

Besorgniserregend ist, welches Bild in der Öffentlichkeit entsteht, wenn etwa eine Prostituierte wie Frau Balthus in der *Süddeutschen Zeitung* (21.2.2020 und 14.5.2020) öffentlich erklärt, sie arbeite „nur in den Sitzungswochen“. Ebenso irritiert es, wenn Vertreterinnen der Prostitutionslobby (BSD, BesD u. a.) nicht nur regelmäßig als „Expertinnen“ eingeladen werden, sondern auch bei parlamentarischen Empfängen ihre Netzwerke pflegen dürfen.

Aus unserer Sicht sollte unmissverständlich geregelt sein, dass Mitglieder des Bundestages weder Bordelle noch bordellartige Betriebe besuchen und keine sexuellen Dienstleistungen gegen Bezahlung in Anspruch nehmen dürfen, außer im Rahmen rein sachlicher Informationszwecke.

Solche Praktiken verletzen nicht nur die Würde des Menschen gemäß Artikel 1 unseres Grundgesetzes, sondern auch die Würde des Parlaments. Zudem machen sie Abgeordnete erpressbar, etwa, wenn sie für gesetzliche Änderungen wie das Nordische Modell eintreten oder in anderen politischen Auseinandersetzungen unter Druck geraten könnten.

Besonders dramatisch ist die aktuelle Situation in Berlin und Umgebung: Ein erheblicher Teil der Frauen in der Prostitution sind Geflüchtete aus der Ukraine, die vor den Schrecken des Krieges Schutz gesucht haben und jetzt in sexuelle Ausbeutung geraten sind, das ist für uns untragbar.

Wenn Sie das Tabu brechen und klarstellen, dass Prostitution und damit verbundene Ausbeutung keinen Platz im Umfeld des Bundestages haben, wäre das ein starkes Signal: Ein Dienst an der Demokratie, ein Schutz der Menschenrechte und ein Beitrag zu einem Parlament, das seine Vorbildfunktion ernst nimmt. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Unterstützung!

Selbstverständlich stehen wir gerne für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

ZEROMACHO Deutschland e.V.

Jörg Kuebart
Vorsitzender